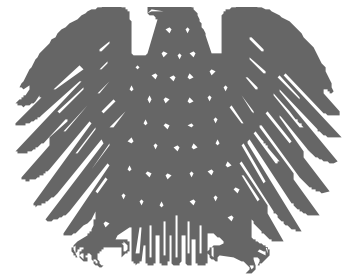


# Presse-Information



Uwe Schummer  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Paul-Löbe-Haus, Zimmer 6.339  
(030) 227 – 73484  
(030) 227 – 76992  
uwe.schummer@bundestag.de

Bundesvorstand der christlich-sozialen Betriebsgruppen in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Bildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern **Offensiv-Programm für mehr Ausbildungsplätze**.

30.000 Schulabgänger des letzten Ausbildungsjahres sind bis heute nicht vermittelt. Die Zahl der Ausbildungsplatzlücke im neuen Ausbildungsjahr, das im September beginnt, wird von der Bundesanstalt für Arbeit auf 140 000 geschätzt. Ludwig Gatzemeier, Bundesvorsitzender der christlich-sozialen Betriebsgruppen: „Ohne Politikwende droht eine Ausbildungskatastrophe. Der Bildungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer MdB verweist darauf, dass „51 % der Betriebe in den neuen und 44 % in den alten Bundesländern nicht ausbildungsberechtigt sind. Von 1,17 Mio. Betrieben, die ausbildungsberechtigt sind, bilden etwa 640 000 aus, das sind 55 Prozent.“

Notwendig sei ein

**Offensiv-Programm für die Berufliche Bildung mit folgenden Elementen:**

- 1) Eine Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Steuerpolitik ist nötig. Unternehmen, die keine Zukunft sehen, investieren weder in Menschen noch in Kapital. Damit mehr Betriebe ausbilden, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. **Ausbildungsbetriebe sind anteilig von Sozialversicherungsbeiträgen für Auszubildende frei zu stellen. Hierfür sind die Mittel des JUMP-Programmes umzulenken. Es ist besser Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen als Ersatzmaßnahmen und „Parknischen“ zu finanzieren.**
- 2) **Die Ausbildungsverordnungen müssen soweit entrümpelt werden, dass jeder Betrieb und jede Verwaltung im Verbund mit anderen Partnern ausbilden kann.** Bei neuen Berufen kann die fachliche Eignung des Ausbilderpersonals übergangsweise auch mit mehrjähriger Berufserfahrung begründet werden. Der Zeitraum zwischen der Anmeldung eines Berufsbedarfs und der Verordnung muss verkürzt werden.
- 3) **Es muss praxisorientierte Basisberufe geben, die in einer zweijährigen Ausbildung erlernt werden; darauf aufbauend die klassischen dreijährigen Berufe.** Stufenausbildungen sind auszuweiten. Durch Qualifizierungsbausteine ist das lebenslange Lernen zu fördern. Sie sollten für eine weitere Ausbildung angerechnet werden können. Wir brauchen Übergänge von der Erstausbildung zur permanenten

Weiterbildung. Für praktisch Begabte und Jugendliche ohne Schulabschluss müssen neue, theoriegeminderte Berufsbilder geschaffen werden.

- 4) Ausbildende Betriebe müssen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen besonders berücksichtigt werden. **Bei gleichwertigen Angeboten erhalten Ausbildungsbetriebe Bonuspunkte.**
- 5) Die Tarifpartner sollten sich darauf verständigen, die **Ausbildungsvergütungen für drei Jahre einzufrieren.** Im Gegenzug müssten Betriebe und Verwaltungen zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.
- 6) Auch in den westdeutschen Bundesländern muss ein Ausbildungsplatzentwicklerprogramm aufgelegt werden.
- 7) Vorbildlich ist der **tariflich vereinbarte Lastenausgleich zwischen Betrieben, die ausbilden, und Betrieben, die nicht ausbilden, in der Bauwirtschaft.** Eine zentralistische Ausbildungsplatz-Abgabe wäre jedoch kontraproduktiv, sie würde die Staatsquote weiter nach oben treiben, die Verstaatlichung der beruflichen Bildung verschärfen und mehr Bürokratie nach sich ziehen.